

«Familie und Beruf» Initiative bei der Regierung angemeldet

VADUZ Vertreter der Wirtschaftskammer haben am Donnerstag die Gesetzesinitiative «Familie und Beruf» bei der Regierung angemeldet, wie es in einer Mitteilung der Initianten heisst. Die Regierung prüft nun, ob die Initiative zur Abänderung des Familienzulagengesetzes mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt. Der Regierungsbericht samt Eingaben wird dann dem Landtag übermittelt, welcher das Initiativbegehren in der März-Sitzung behandeln sollte. Den genauen Wortlaut der Initiative möchten die Verantwortlichen während dieser Vorprüfung nicht publik machen.

Kita-Förderung und Mutterschaft

Im Zentrum stehen dabei eine Änderung beim Krankentaggeld bei Mutterschaft und die Kita-Förde-

rung. So soll der Entschädigungsanspruch von 20 Wochen bei Mutterschaft in Zukunft von der Familienausgleichskassa (FAK) und nicht mehr über die Krankenkasse entrichtet werden, schliesslich sei Mutterschaft keine Krankheit, argumentiert die Kammer.

Der zweite Kernpunkt ist die Förderung der Kindertagesstätten. Nach Willen der Wirtschaftskammer sollen die Tagessätze pro Betreuungsplatz für die Kindertagesstätten von 20 Franken, für die Tagesstruktur von 6 Franken und den Mittagstisch von 2 Franken, im Familienzulagengesetz festgelegt werden und nicht in einer Verordnung. Dabei soll auch - wie in der von der Regierung angestrebten Reform der Kita-Finanzierung - ein Teil der Kosten künftig über die FAK finanziert werden. (red/pd)